

Beißerik-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Volkszeitung des Bezirks

Besitzers: Vierteljährlich 25 Mk. ohne Beiträge. — Clausus Hammars
20 M. — Geschäftsführer: Max Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverband: Bürokontor Nr. 3. — Postleitzahl:
Anhalt: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inserationsgebühren
hängen von der Größe des Werbes
ab. Im einfachen Fall kann
man zwischen 200 Mk. bis 2000 Mk.
wählen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebne. — Druck und Verlag: Carl Gebne in Dippoldiswalde.

Nr. 26

Dienstag den 31. Januar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Auf Blatt 21 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Tiege & Pegler in Seifersdorf bei, ist heute eingetragen worden, daß der Stuhlfabrikant Robert Julius Tiege ausgeschieden, und daß der Stuhlfabrikant Kurt Alfred Tiege in Seifersdorf die Gesellschaft eingetreten ist. 1 A. Reg. 17/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 21. Januar 1922.

Heftliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der letzte Sonnabend des Monat Januar rief die Mitglieder des Turnvereins Dippoldiswalde (D. T.) in der Regel zur Jahreshauptversammlung zusammen. So auch diesmal. Und dem Rufe war zahlreich Folge geleistet worden. Nach kurzen Eröffnungsworten durch den Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Reichel, erstatete der Turnwart, Donath, einen umfangreichen und sehr ausführlichen Jahresbericht. Dieser erwähnte zuerst das 4. Sächsische Kreisturnfest in Dresden, an dem 46 Vereinsangehörige teilnahmen, dann die außerordentlich hohe Gesamtteilnehmerzahl bei Turnen und Spiel in sämtlichen Abteilungen, berichtete weiter von der guten Weiterentwicklung der Kinderabteilung und der Neugründung der Fußballabteilung. 3 Turnbrüder wurden dem Verein durch den Tod entrissen, im ganzen wuchs die Mitgliederzahl aber wieder bedeutend. Während der Turnrat in 5 Sitzungen wichtige Beratungsgegenstände erledigte, sond sich die Vorturnerschaft zu 10 Sitzungen und außerdem noch verschiedenen Versprechungen zusammen. Reiche Arbeit war besonders bei letzterer zu leisten, lag ihr doch neben der Leitung des praktischen Turnens auch noch Ausgestaltung und Durchführung der zahlreichen Veranstaltungen ob. Der Turnbetrieb widelte sich in allgemeiner Weise ab. In 96 (98 Turnstunden) turnten 4825 (4782) Turner, das sind durchschnittlich 50,3. Besondere Aufzüge konnte sich die Männerriege erfreuen, bei der die Teilnehmerzahl sich bald verdoppelte. Die neu eingerichtete volkstümliche Riege hat sich, wie der Berichterstatter feststellen konnte, im großen und ganzen bewährt, die Jugendabteilung hatte guten Besuch zu verzeichnen. Auch diesmal konnte eine lange Siegertafel wieder von manchem harten Kampfe um den schlichten Eichenkranz berichten. Endlich erwähnt der Bericht noch die einzelnen Veranstaltungen, zu denen die Presse ja bereits jeweils Stellung genommen hat und schließt mit Dankesworten und dem Wunsche, daß dem Verein immer tapfrägige Führer erscheinen, jeder Turner und jede Turnerin erkennen möchten, als Glied einem Gangen, einer großen, volkstümlichen, herrlichen Sache zu dienen. Nach diesem Bericht trug Frau Scherz als Leiterin denjenigen über die Turnertinnen-Abteilung vor. Auch in dieser war Mitgliederzunahme, regerer Turnbetrieb, Teilnahme an mancherlei Wettkämpfen mit schönem Endzu zu verzeichnen, wie die Abteilung auch in verschiedenen Veranstaltungen des Vereins an die Öffentlichkeit trat. Spielwart Neumann konnte über Spielbetrieb und Spielwettlämpfe nur gutes melden. Freilich, um solches zu erreichen, war viel Arbeit nötig, doch alle unterzogen sich dieser gern. Den letzten Bericht erstatete Lehrer Rud. Edner über die Kinder-Abteilung. Wie im vorigen Jahre konnte sie auch dieses mal nur in den Sommermonaten (auf dem Platz) turnen, da die Halle zu klein ist, ein Turnen in ihr bei der großen Kinderzahl und dadurch bedingten Staubentwicklung und bei der Kälte (geheizt wird nur an 2 Tagen) eher gesundheitsschädlich, denn fördernd wäre. Dank des schönen Sommerwerts konnte über in den wenigen Monaten sehr reger Betrieb enthalten. Nahezu 200 Kinder gehörten der Abteilung an. In 20 Stunden turnten über 2500 Kinder. Die Tätigkeit schloß mit einem Wettkampf und Beteiligung am Abturnen des Vereins. Allen Berichterstatttern wurde für ihre Mühe und Arbeit durch den Vorsitzenden und mit dreifachem Gut Heil der Versammlung gedankt. Der nun folgende Kassenbericht, den der Kassierer, Kaufmann Marschner, gab, ließ erkennen, daß Einnahme und Ausgabe sich nahezu die Waage halten und nur ein geringer Bestand verbleibt, doch aber auch dies nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht verschwendete. Dank der großen Arbeit von Turnwart und Vorturnerschaft glänzend verlaufenen Veranstaltungen, Uebeschlässe und ein Kläffen der Kasse ergeben hätten. Man beschloß daher auch, nachdem als Rechnungsprüfer Ratsassistent Bömer und Buchhalter Schmitt gewählt und nach erzieltem Prüfungsbericht die Rechnung 1920 richtig gesprochen war, den Mitgliedsbeitrag auf monatlich 1,50 M. für Turner und 1.— für Turnerinnen, den Jahresbeitrag für Turnfreunde auf 10.— M. zu erhöhen. Die auscheidenden Turnratsmitglieder Fabrikbesitzer Rudolf Reichel,

Lagerist Weißbach und Kaufmann Reinhard Zimmermann wurden einstimmig wiedergewählt. Ein vom Turnwart vorgelegter Arbeitsplan auf 1922 wurde in allen Teilen gut gebeurten und an Stelle des Spielworts Neumann, der infolge baldigen Weganges sein Amt niedergelegt, Helmuth Edner, als dessen Stellvertreter Erich Weinhold, als Vertreter zum Gaustag aber Verwaltungs-Inspektor Porstorfer und Lagerist Weißbach gewählt. Eine freiwillige Sammlung für die Kreisunterstützungskasse ergab einen annehmbaren Beitrag. Nunmehr konnte noch eine größere Zahl von Turnern, Turnertinnen und Jugendturnern für pünktlichen und regelmäßigen Besuch der Turnabende in schlichter Weise ausgezeichnet werden. Nach Danesworten an die städt. Kollegien und Amtshauptmannschaft für gewohle Unterstützung schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, im neuen Jahre eine recht rege Werbetätigkeit zu entfalten, vor allem aber den Turnwart tapfräg in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Am Sonnabend, bald nach Mittag, sand durch Herrn Studienrat Hörrig-Dresden als Beauftragter der Landesstelle für Kunstmuseum die Prüfung unseres neuen Geldutes statt. Der Ton zeigte nur geringe Abweichungen, bei zwei Glocken $\frac{1}{2}$ zu hoch, bei den kleinen $\frac{1}{2}$ zu tief. Hin gegen mussten bezüglich der Konstruktion der Klöppel und des Aufhängens der Glocken mancherlei Ausfälle gemacht werden. So sollen die Klöppel ein Gelenk erhalten, um besseres Anschlagen zu ermöglichen und das störende Nachschlagen zu vermeiden, auch hängt die große Glocke schief und muß ausbalanciert, das Alttren bei der mittleren Glocke abgestellt werden. Man wird die Firma Piebel & Co. er suchen, diese Fehler noch abzustellen, und wird uns dann unser neues und volles Geläut auch wirklich Freude machen.

Gestern Sonntag fand von drei Bewerbern um den Kantonsposten unserer Stadtkirche eine Kirchenprobe (Orgel, Gesang, Chorprobe) statt. Die Wahl wurde bis Mittwoch ausgezögelt.

Dippoldiswalde, 30. Januar. Die „Ehrolung“ hatte für gestern abend zu einem Theaterabend eingeladen. Wenn sie tut, schraubt man seine Erwartungen etwas hoch. Das früher Gebotene berechtigt dazu. Man denkt nur an „Vittoria regia“. Was aber gestern abend auf dem Gebiete des darstellerisch an sich schwierigeren und dabei vom großen Publikum meist nicht entsprechend gewerteten Gebiete des Dramas geboten wurde — man vergesse nicht: von Dilettanten geboten wurde — übertrifft auch häufig Erwartungen. Auf das Stück selbst wollen wir nicht eingehen. Seine gegen den Krieg gerichtete Tendenz liegt im Titel; sie ist, wie auch die ganze Handlung, bekannt durch den gleichnamigen Roman. Das behandelte Problem ist für uns jedenfalls zeitgemäß, und jeder Denkende sollte — ohne Rücksicht auf die persönliche Stellung dazu zunächst — sich doch wenigstens einmal damit beschäftigen. Dazu aber bietet diese Aufführung — wir nehmen eine Wiederholung als selbstverständlich an — Gelegenheit. Ganz besonders aber empfiehlt sich ein Besuch auch wegen der vorzüglichen Wiedergabe. Die Rollen waren ausnahmslos gut besetzt und wurden mit großem Verständnis gespielt — nein, vorgelebt. Das gilt auch von den kleinen Rollen. Dazu das tadellose Zusammenspiel. Die Leistungen einzelner hervorheben zu wollen, könnte leicht zu einem scheinbaren Unrecht gegenüber anderen führen. Wir wollen es deshalb unterlassen und nur die Namen wiedergeben nach dem Zettel:

Die Darsteller sind die Herren Alfred Rothe, Rudi Heinrich, Franz Böhme, Kurt Schmidt, Martin Herklotz, Erich Weinhold, Kurt Hilliger, Rudolf Arnold, Otto Elsner und die Damen Ilse Schwind, Hanna Glade, Dorle Glade und Johanna Rothe. Fr. Johanna Rothe als Gräfin Dogly — wir können die Feder doch nicht aus der Hand legen ohne ein besonderes Wort dazu. Diese Rolle stellt durch ihren Umfang und noch mehr durch ihren Inhalt so hohe Anforderungen, daß die Annahme Berechtigung hat, eine Dilettantin könne sie überhaupt nicht meistern. Fr. Rothe gelang das in hervorragender Weise und unter Vermeidung unnatürlicher Übertriebungen, wozu die Rolle verleiten konnte. Das will tatsächlich etwas bedeuten. Das Buhett war wohl verdient. Bühnenausstattung und Garderobe trugen ihr Teil zum Gelingen des Ganzen bei. Die „Ehrolung“ aber kann einen neuen Erfolg in ihrer Chronik buchen, einen Erfolg ihrer Schauspieler. Der gute Zweck des Unternehmens sei ebenfalls lobend erwähnt. — Gedacht aber muß ein Teil der Besucher werden: Wie kann man bei dem Auftritt, da Sophie den Selbstmord Giardanos meldet, lachen! Ei ei! Und dann: In der Zeitung war etwas von pünktlichem Anfang. Da soll man auch pünktlich da sein — eigentlich stets.

Sollten die Mittagsstunden noch eine weisenliche Besse-

rung des Wetters bringen, dann würde das Stiftungsfest des Eislaufclubs noch stattfinden können; wie es aber jetzt bei Redaktionschluss aussieht, muß man wohl mit einem Verschieben dieses, man darf wohl sagen, Volksfestes rechnen.

Morgen Dienstag abend beginnen die musikalisch-liturgischen Vorträge des Herrn Prof. Pellegrini. Wir verweisen nochmals darauf und bemerken, daß Einzeichnungen in die ausliegenden Listen noch angenommen werden.

Anträge auf Verleihung der Kriegsdenkmünze 1914/18 des Krieger-Bundes werden nur noch bis zum 1. Februar eingegangen. Der Preis der Kriegsdenkmünze ist von 10 auf 15 M. erhöht worden.

Das herrliche Winterwetter des gestrigen Sonntag lockte wieder viele Große und Kleine auf die Höhen des Erzgebirges. Die Jäger waren wieder gedrängt voll. Der Freitag nach Ripsdorf wurde in zwei Teilen gefahren, am Abend verkehrte in Richtung Hainsberg 1/27 Uhr ein Sonderzug und später noch ein Vorzug zum 9-Uhr-Jug.

Altenberg. Am Freitag vormittag ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. 5 Schulknaben im Alter von 13—14 Jahren fuhren mit ihrem Bobschlitten die sogenannte Altschenreite herab, die nahe bei Bäckermeister Seifert in die Staatsstraße einmündet. Zu derselben Zeit passierte den Ort ein Auto, in welches die Jungen hineinfuhren und von demselben tödlich gestreift wurden. Da das Auto infolge Fehlens der Ketten langsam fuhr, war es dem Chauffeur möglich, den Wagen etwas seitwärts zu wenden und dadurch größeres Unglück abzuwenden. Es wurde der 14-jährige Schüler Kurt Stephan schwer verletzt, indem er einen doppelten Schlüsselbeinbruch davontrug. Der 13-jährige Willi Kluge erlitt an der rechten Schulter, am Kopf und am Körper Schürfungen, der 14-jährige Walter Voigt aus Hirschprung wurde im Gesicht verletzt, während die beiden Knaben Wolf und Clauhnicher mit unbedeutenden Schrammen davonkamen.

Unfreiwillig pfeift der kalte Wind aus Sibirien über die Fluren und erschwert das Fortkommen im Freien. Der wenige Schnee wird von dem Sturm mit fortgerissen und der Erdboden von seinem dünnen Winterkleide an vielen Stellen beseitigt. Am deutlichsten fühlbar macht sich die grobe Winterkälte an unseren Brennmittelvorräten, denn die Heizungsanlagen bedingen große Mengen des teuren Brennstoffs.

Döbra, 30. Januar. Heute vor 25 Jahren brannte die Scheune des Gutsbesitzers Breitschneider ab, drei Tage später die des Gutbesitzers Graulob.

Freital. Auf die für die Stadt ausgeschriebene Bürgermeisterstelle sind 50 Bewerbungen eingegangen.

Dresden. Das Gesamtministerium hat in der Sitzung vom 27. Januar beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines Pensionsabänderungs- und Ergänzungsgesetzes für die Geistlichen und ihre Hinterbliebenen vorzulegen, durch das diesen Personen die Pensionsbezüge sichergestellt werden, die sich nach dem Stand der für den 30. Juni 1921 geltenden Besoldungssätze berechnen. Das am 30. Juni 1921 vom Landtag bereits beschlossene Pensionsgesetz konnte zunächst infolge der Widersprüche des Finanzministers nicht veröffentlicht werden und bedurfte sodann infolge des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes einer entsprechenden Erneuerung, die die gegenwärtige Vorlage bringen soll. Erwäge von der Kirche später angeforderte allgemeine Gehaltszuschüsse werden bei den Pensionsberechnungen nach der Vorlage nicht berücksichtigt. Die Sorge hierfür soll der Kirche selbst überlassen bleiben.

Dieser kirchenfeindliche Schritt der sächsischen Regierung, der den pensionierten Geistlichen ihre unter den früheren Verhältnissen als Staatsdiener erworbenen Rechte nimmt, dürfte noch ein Nachspiel vor dem Oberverwaltungsgericht haben.

Bekanntlich ist die Elbe, obwohl sie mittler durch Deutschland fließt, kein deutscher Strom mehr, denn die Akten der Elbeschiffahrtsgesellschaften befinden sich in den Händen der Engländer, Franzosen, Belgier, Italiener und Tschecho-Slowaken. Anfang Februar soll nur in Dresden die zweite internationale Elbeschiffahrtskonferenz abgehalten werden, die sich unter Hinzuziehung der deutschen Regierung und der deutschen Interessen sowohl mit den schiffstechnischen Plänen, mit der Ausdeutung der Elbeschiffahrt, mit den Forderungen der anliegenden Elbestädte und mit der finanziellen Gestaltung der Elbeschiffahrtsgesellschaft beschäftigen wird. Die Konferenz ist deshalb so schnell angelegt, weil die tschecho-slowakische Regierung darauf drängt, daß der Vertrag zwischen Deutschland und der tschechischen Elbeschiffahrtsgesellschaft nunmehr abgeschlossen wird.

Klohsche. Der Gemeinderat beschloß 150,- Zuschlag zu der Staats-Grunder und Gewerbesteuer.

Röhrsdorf. Der Gemeinderat genehmigte eine Gewerbesteuer für 1921 (ab 1. 4.) für Einkommen über 24 000 M.

Copitz. Hier wurde der Strompreis für Kraft und für Licht bis 3000 Kilowattstunden Verbrauch auf 3,50, für Licht bei höherem Verbrauch auf 4 M. festgesetzt. Pauschale will man ab 4,10 M. und überall Zähler einbauen. Der Wasserpreis beträgt 2,20 M. bei einem Verbrauch bis 3000 Kubikmeter, 2,60 M. bei 3—10000 Kubikmeter und 3 M. bei höherem Verbrauch.

Freiberg. Die Verhandlung des hiesigen Schwurgerichts am Freitag hielt sich gegen den Stahlbauer Oswald Martin Baumgärtl und die Wirtschaftsgesellschafter Ella Hilma Heber, beide in Hirschendorf, wegen Zeugenvierrids und Anklage dazu. Die Verhandlung endete mit Trennung beider Angeklagter.

— In der Stadtgemeinderatssitzung in Siebenlehn wies der Bürgermeister in seinem Jahresbericht darauf hin, daß die städtische Finanzlage bisher schuldenfrei sei. — Glückliches Siebenlehn!

Limbach. Der Stadtrat hat 3000 M. für die ab 20. Februar geplante Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums über Säuglingspflege bewilligt.

Kirchberg. Die Schneiderinnung von Kirchberg und Umgebung setzte den Preis für Anfertigung eines Anzuges, einschließlich Justaten auf mindestens 1000 M. fest.

Marienberg. Der hiesige Polizei ist es gelungen, einen Expresser festzunehmen. An den Besitzer einer hiesigen Postamentfabrik (Donat) gelangten seit etwa 5 Wochen nacheinander drei Expresserbriefe, in denen eine größere Summe unter der Drohung verlangt wurde, daß die Fabrik in die Luft gesprengt oder in Brand gesteckt werden würde. Der Expresser wurde auf frischer Tat festgenommen. Es handelt sich um einen bei dem betreffenden Fabrikherrn beschäftigten Arbeiter Lemp aus Gremmühlen (Oldenburg).

Chemnitz. „Schmerzlicher“ Ausgang eines Tanzvergnügen. Am Mittwoch früh in der 4. Stunde wurde eine 35jährige Arbeiterschrein, die mit einem 39jährigen Schlosser von einem Tanzvergnügen heimkehrte, auf der Straße von ihrem Ehemann mit noch einem Arbeiter abgelaufen und ihr sowie ihrem Begleiter eine Tracht Prügel verabreicht. Von einem Polizeibeamten wurden die Beteiligten der Polizeiwache zugeführt.

Schopau. Das von den städtischen Kollegien zum Be schluß erhobene Ortsgebot über die unentgegnetliche Totenbestattung hatte in der vorgeschlagenen Fassung die ministerielle Genehmigung nicht gefunden. Nach langer Debatte ist nun von den Stadtverordneten das Gesetz mit den vom Ministerium verlangten Abänderungen angenommen worden.

Wolkenstein. Ratskellerwirt Karl Jaeger wird mit Schluss dieses Vierteljahres Wolkenstein verlassen, um in Mittweida das Schützenhaus zu übernehmen. Als Nachfolger wurde in der letzten Stadtgemeinderatssitzung der seitherige Wirt in „Stadt Straßburg“, Emil Glumann, ausgesucht. „Stadt Straßburg“ wird demnächst der seitherige Bestimmung entzogen und den Zwecken der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse dienstbar gemacht.

Niebla. In einen tödlichlichen Schlaf fiel in Petershain bei Niesla ein Handwerksbursche, der den dortigen Gasthof aufsuchte. Auf keinerlei Weise war es möglich, ihn zu erwecken. Der Schläfer scheint von einem Starckampf besessen, denn alle Bemühungen, ihm Nahrung einzuflößen, mißlangen. Nachdem er fast eine Woche in diesem Zustand in Petershain zugebracht hatte, wurde seine Überführung ins Krankenhaus angeordnet.

Bauhen. Die Stadtverordneten stimmten der Ratsvorlage auf Beschaffung einer Automobilspitze, die rund 400 000 M. kosten würde, zu. Dazu sind bisher 170 000 Mark vorhanden. Außer einer Hypothek der Brandversicherungskammer hätte die Stadt noch etwa 170 000 M. aufzubringen.

— Einem in Zittau wohnenden Arbeiter wurde von einem Unbekannten 30 Pfund Tabak, das Pfund zu 18 M., in Pfundbüchsen verpackt, angeboten. Durch vieles Zureden kaufte der Arbeiter dem Unbekannten den Tabak ab. Beim späteren Ansehen stellte sich heraus, daß in den Büchsen etwa nur 50 Gramm reiner Tabak sich befand, während das andere Holz war. Der Betrüger ist auch in anderen Städten Sachsen aufgetreten, ohne daß man seiner hörte. — Er kann wieder vor kurzem gab er ein Gastspiel in Bischofswerda.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 28. Januar.

Der Wagenmangel der Reichseisenbahnen.

Bei schwach besetztem Hause — es sind nur 25 Abgeordnete anwesend — wird die Besprechung der Interpellation Hergt (Dnl.) über den Wagenmangel bei der Reichseisenbahn fortgesetzt. Mehrere auf der Rednertribüne stehende Abgeordnete sind, wie der Präsident unter allgemeiner Heiterkeit feststellt, nicht anwesend.

Abg. Pieper-Westholz (N. Soz.) führt den Kohlenmangel darauf zurück, daß Städte für seine österreichischen Werke große Mengen von Kohlen aus Deutschland beziehe. Auch zur Versorgung würden zu viel Kohlen verbraucht.

Abg. Schumann (Soz.) erklärt, durch das Verhalten von Industrie und Landwirtschaft würden die Schwierigkeiten vermehrt. Diese hielten ihre Produkte in der günstigen Transportzeit zurück, um höhere Preise zu erzielen.

Abg. Werd (Wahr. Bp.) schildert die besonders schwierigen Bedürfnisse in Bayern und verlangt vornehmlich Rücknahme auf die Bauern und das Kleingewerbe.

Abg. Breznig (W. Soz.) fordert erhöhte Sicherung gegen Unfälle für das Personal und das Publikum.

Abg. Dr. Hölt (Dem.) verneint die nötige Energie bei der Reichseisenbahnverwaltung. Er willde Streik in Dresden durch energisches Vorgehen beendet werden, um die auf dem Boden der Gewerkschaften lebenden Mitglieder zu schützen.

Reichsverkehrsminister Groener stellt fest, daß er die Generaldirektion Dresden ganz scharfe und klare Anweisungen gegeben habe. Der Präsident dieser Generaldirektion habe sich aber leider nicht in dem Rahmen dieser Anweisungen gehalten. (Hört, hört!) Er habe die Angelegenheit in erheblich gemildertem Maße erledigt. (Gemeintes hört, hört!) Der Präsident hat meine Verfügung bezüglich der Entlastung, wenn nicht die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt, eigenmächtig bis zum 26. Januar verlängert. (Wiederholtes lebh. hört, hört!)

Im Schlußwort fordert Abg. Schröder-Biegitz (Dnl.)

sorgfältigere Beobachtung der Bedürfnisse der Landwirtschaft. Damit ist die Interpellation verledigt.

Ein Ausschußantrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Entschließungen des Reichstages zu folgen. Aufführung von Gründsätzen für die künftigen Haushalte der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schnellst folgt zu leisten, wird angenommen, dagegen ein deutschnationaler Antrag des Ausschusses für das Bildungswesen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß in den höheren Lehranstalten die Sprache der Nachbarländer gesprochen wird, und daß der Umgang der spanischen Sprache besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Das Haus verläßt sich auf Montag 2 Uhr: Erste Verratung des Haushaltplanes.

Die oberschlesischen Verhandlungen.

Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien sind abgeschlossen. Der deutsche Bevölkerungsminister a. D. Schiffer hat mit dem größten Teil der deutschen Delegationen in Oberschlesien verlassen, um nach kurzem Aufenthalt in Berlin sich zu den Schlussohandlungen nach Genf zu begeben. Vor seiner Abreise aus Beuthen verabschiedete sich Reichsminister a. D. Schiffer von dem deutschen Ausschuß für Oberschlesien und machte dabei wichtige Ausführungen über das Ergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsche Delegation ist bei den Verhandlungen mit den Polen in vielen Beziehungen zu einer Verständigung gekommen. Je länger aber die Verhandlungen dauerten, um so mehr hat sich gezeigt, daß immer neue Gesichtspunkte auftauchten, deren Ausgleich nicht ohne weiteres möglich war. Minister Schiffer betonte indes, daß die Polen die Verhandlungen in verständlichem Geiste und mit dem Wunsch geführt haben, mit uns zu einer Verständigung zu kommen. So ist es gelungen, mit dem größten Teil der Unterausschüsse zu einer Einigung zu kommen. Eine besonders große Rolle spielt die Währungsfrage. Wenn nicht alles täuscht, wird ein endgültiger Verständigung und zwar auf der Grundlage der Generalbestimmungen zustandekommen, wonach in dem polnisch werdenden Oberschlesien die deutsche Reichsmark im Verlaufe der nächsten 15 Jahre einziges gesetzliches Zahlungsmittel bleibt. Allerdings ist den Polen das Recht zugestanden worden, daß die deutsche Währung in einjähriger Frist gelöscht werden kann. Für diesen Fall sind aber Sicherheiten geschaffen. Die Schaffung der nötigen Zahlungsmittel für Oberschlesien wird den polnischen Staaten durch die im abgetrennten Teil verbliebenen Großbanken ermöglicht. Ob eine Reichsbankvertretung in Oberschlesien zurückbleibt, ist noch ungeklärt.

Einzelne Streitfälle harren noch ihrer Erledigung, so z. B. auf dem Gebiet der Liquidation des Nationalitätenprinzips und des Optionsrechtes. Diese Fälle werden dem Schiedsspruch in Genf unterliegen.

Die Weiterberatungen dürfen am 10. Februar in Genf beginnen. Die Zusammensetzung des ganzen Stosse auf der Grundlage der Ergebnisse der einzelnen Kommissionen dürfte bis Ende Februar fertig sein. In kürzester Frist würde dann die Ratifizierung durch den Reichstag und der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen. Damit würde die Frist beginnen, in der die Maßnahmen zur Überleitung zu treten sind, und sich der Augenblick der Übergabe des abgetrennten Gebiets nähern.

Industrie und Zwangsanleihe.

Die freiwillige Kreditaktion hinfällig.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in seiner letzten Sitzung das Steuerkompromiß einer gründlichen Erdtertierung unterzogen und soll dabei zu dem Ergebnis gekommen sein, daß durch die von der Mehrheit des Reichstages zugesandte Zwangsanleihe, auf dem Angebot der deutschen Industrie, das auf eine freiwillige Kredithilfe zur Tilgung der Reparationslasten hinausließ, hinfällig geworden sei.

Wie der „Tägl. Rundschau“ von einer gutunterrichteten Stelle, die bei den Bemühungen um die Kreditaktion politisch und führend mitgewirkt hat, mitgeteilt wird, sind die maßgebenden Kreise des Reichsverbandes der deutschen Industrie der Auffassung, daß durch die Zwangsanleihe die Industrie derartig angespannt wird, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrechterhalten kann. Die Werte, die man als Kreditsand für die Beschaffung der Reparationsbeträge zur Verfügung stellen wollte, seien nun durch die Zwangsanleihe so belastet, daß sie nicht mehr für andere Zwecke in Betracht kämen.

Auch die deutsche Landwirtschaft habe sich dahin entschieden, keine freiwilligen Leistungen an das Reich mehr zu machen. Die zuständigen Stellen der Landwirtschaftlichen Hauptorganisationen seien vielmehr der Auffassung, daß durch die neuen Steuern und die Zwangsanleihe die Landwirtschaft sich kaum noch wirtschaftlich lebensfähig erhalten lasse.

Nachdem man den beiden führenden Wirtschaftsständen auf dem Wege des parlamentarischen Dictates so außerordentliche Lasten auferlegt habe, erlösche leider die Möglichkeit zur Beschreibung eines freiwilligen Weges, der jedenfalls den organischen Notwendigkeiten unserer Wirtschaftsentwicklung besser entsprochen hätte.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Januar 1922.

— Die deutschen Kardinale Bertram, Schulte, Kaulhaber sind zur Papstwahl in Rom eingetroffen.

— Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat geschlossen, den Volksschulbesuchern dieselben Vergütungen für Halbjahre zwischen Wohnort und Hochschule zu gewähren wie den Studierenden.

— Die Berliner Selbstschutzorganisation ist vom preußischen Minister des Innern aufgelöst worden.

Das kommunistische Misstrauensvotum im Reichstag abgelehnt. Im Anschluß an die Reichstagsdebatte über die Regierungserklärung Wirths hatten die Kommunisten ein Misstrauensvotum gegen die Regierung eingebracht. Vor der Abstimmung ließen die Deutschnationalen durch ihren Führer Abgeordneten Hergt eine längere Erklärung abgeben, in der gesagt wird, die deutsche Regierung habe sich unter den Druck der Valuta endlich zur Erkenntnis der Unzufriedenheit der übernommenen Verpflichtungen durchgetrieben, versuche aber noch immer, das Unmöglichbare möglich zu machen. Die Zwangsanleihe drohe zu einer Revolution am deutschen Volke zu werden. Die deutsche nationale Fraktion missbilligte zwar die politische Aktion der Reichsregierung und lehnte jede Minderwertung ab, werde aber nicht für den kommunistischen Antrag stimmen. Hierauf wurde der Misstrauensantrag der Kommunisten mit großer Mehrheit gegen die 1. kommunistischen Antragsteller abgelehnt, unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen und der Unabhängigen, womit die Befreiung schloß.

Die dritte Goldrate gezahlt. Die deutsche Kriegslastenkommission hat die Reparationskommission in Paris benachrichtigt, daß die deutsche Regierung bei der Reparationskommission die 31 Millionen Goldmark ein gezahlt hat, die Deutschland alle zehn Tage bis zu endgültigen Regelung der Zahlungen für das Jahr 1922 entsprechend den Bedingungen der Konferenz von Cannes einzahlen muß. Die Zahlung war am 28. des Monats fällig.

Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung. Wie das „Berl. Tageblatt“ mitteilt, hat der Führer der demokratischen Reichstagsfraktion Dr. Petersen den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses, den Abgeordneten Spahn, ersucht, nach dem Zustimmekommen des Steuerkompromisses nunmehr auch die Demokraten zu den laufenden interfraktionellen Besprechungen hinzuzuziehen. Das bedeutet der demokratischen Partei in die Koalition die bislang lediglich aus Zentrum und Sozialdemokratie bestand. Das obengenannte Blatt spricht die Vermutung aus, daß bei der Rekonstruktion des Kabinetts voraussichtlich die Neubesetzung des Reichspostministeriums und des Verkehrsministeriums erörtert werden dürfte. Außerdem würden die ohnehin noch immer vakanten Ministerien des Neuen am 1. August 1922 in Betracht kommen. Man darf wohl annehmen, daß der Reichsfinanzminister Dr. Rathenau für die Leitung des Auswärtigen Amtes sichern werde.

Der 11. August — Nationalfeiertag? Nachdem die Sozialdemokraten im Reichstag vor kurzen einen Antrag eingebracht haben, den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären, hat die demokratische Reichstagsfraktion jetzt den Antrag gestellt, den 11. August, an dem bekanntlich der Weimarer Vertrag von der Nationalversammlung endgültig angenommen wurde, zum gesetzlichen Feiertag der deutschen Republik zu erklären. Die Reichsregierung soll ersucht werden, dem Reichstag als bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach dem allein der 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt wird. Ferner soll nach dem demokratischen Antrag der gesetzliche Schluß des Artikels 239. der Reichsverfassung allen Feiertagen zu treten sind, und sich der Augenblick der Übergabe des abgetrennten Gebiets nähern.

Die Trauerfeier für Papst Benedikt XV. In der Hedwigskirche in Berlin fand ein feierliches Pontifikalrequiem für den verstorbenen Papst statt. Die Teilnahme an dieser Trauerfeier war besonders von Seiten der Gläubigen und der katholischen Kirchlichkeit außerordentlich groß. Fast alle in Berlin begeisterten Katholiken, Bischöfe, Gesandten und Geschäftsträger der ausländischen Mächte waren erschienen. Als Vertreter der Reichsregierung war der Reichskanzler Dr. Wirth anwesend. Ferner nahm Reichspostminister Giesberts, Reichstagspräsident Löbbecke, der Vizepräsident des preußischen Landtags, Geheimrat Porsch sowie zahlreiche Vertreter der katholischen Studentenverbündungen und Vereine, hatten mit umfangreichen Bannern zu beiden Seiten des Altars Aufstellung genommen.

Personalabbau bei der Eisenbahn. Das Reichsverkehrsministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach im Bereich der deutschen Reichsbahn über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Hieron treffen auf Preußen-Hessen 15 000, auf Bayern 1800 auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden entfallen 5000 auf die Werkstätten; hierbei sollen die Lehrlinge, die am ersten April ausgelernt haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden. Etwa 8000 bis 9000 Arbeiter, die für die Entlassung vorgesehen sind, sind Bahnarbeiter, welche im Baugewerbe alsbald benötigt werden. In Betracht kommen insgesamt etwa 30 000 Dienststellen, auf die sich die Entlassungen verteilen.

Personalabbau bei der Eisenbahn. Das Reichsverkehrsministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach im Bereich der deutschen Reichsbahn über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Hieron treffen auf Preußen-Hessen 15 000, auf Bayern 1800 auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden entfallen 5000 auf die Werkstätten; hierbei sollen die Lehrlinge, die am ersten April ausgelernt haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden. Etwa 8000 bis 9000 Arbeiter, die für die Entlassung vorgesehen sind, sind Bahnarbeiter, welche im Baugewerbe alsbald benötigt werden. In Betracht kommen insgesamt etwa 30 000 Dienststellen, auf die sich die Entlassungen verteilen.

Die braunschweiger Landtagswahlen. Das Ergebnis der Landtagswahlen im Lande Braunschweig ist jetzt endgültig ermittelt. Nach den amtlichen Erfassungen haben erhalten: Landeswahlverband 101 004 Stimmen, Demokraten 28 446, Mehrheitssozialisten 52 640, Unabhängige Soz. 73 404, Kommunisten 10 518. Ungültig sind 494 Stimmen. Es erhalten demnach Sitze: Landeswahlverband 23, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 17, Kommunisten 2.

Die französischen Journalisten im Reichstag. Das „Echo de Paris“ hatte dieser Tage gemeldet, daß den französischen Korrespondenten der Zurück zum Reichstag verweigert worden sei, und zwar deshalb, weil ihre Berichterstattung der deutschen Regierung offenbar unangenehm wäre. Diese Darstellung ist, wie halbamtlich erklärt wird, vollkommen falsch. Wenn einzelne französischen Journalisten der Zurück zum Reichstag verweigert wurde, so geschah das nur, weil sie nicht im Besitz der erforderlichen ordnungsgemäßigen

legitimationssache waren. Im übrigen mögen die französischen Journalisten erst einmal dafür sorgen, daß die deutschen Reichstagsabgeordneten die gleichen Rechte erhalten, wie sie die Reichsregierung den Franzosen in Berlin zugestanden hat. Bissher ist den deutschen Journalisten in Paris der Eintritt zu der Kammer immer noch verboten.

Der Senat des Freistaates Danzig hat dem polnischen Schulverein in Danzig die Genehmigung erteilt, ein Gymnasium in Danzig einzurichten, für das der Verein sämtliche Kosten übernehmen muß.

In Österreich ist ein neues Kabinett Schöber gebildet worden.

Zum Vorsitzenden des französischen Kammerausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten wurde der ehemalige Ministerpräsident Poincaré gewählt, zum Vorsitzenden des Hausesausschusses General Gouraudneau.

Die französische Regierung hat die Entschädigung für die Hinterbliebenen des in Überseelien erschienenen Obersten Montalegre auf 225 000 Franken festgesetzt.

Der englische Abgeordnetenrat hat die von Poincaré verlangte Militärkonvention abgelehnt.

Die Vermählung des Königs Alexander von Jugoslawien mit der rumänischen Prinzessin Marie findet am 22. Februar in Bukarest statt.

Präsident Harding verzögerte in den letzten Tagen zweimal den Empfang des französischen Botschafters.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat ein gesetzliches Lynchverbot beschlossen.

Tschechoslowakei: Sitzkombüben im Parlament.

Im Abgeordnetenhaus ist wieder einmal eine seltene Eiung gewesen. Bezeichnung dazu gab die Bevölkerung einer im kommunistischen Organ abgedruckten Rede eines kommunistischen Abgeordneten, wonach dieser die Soldaten zur Gehorsamserweiterung aufforderte. Die Kommunisten begannen eine halbe Stunde dauerndes Bullektioniert. Schließlich verließen sie den Saal. Die deutschen Sozialdemokraten legten das Bullektioniert fort. Es gab heftige Wortwechsel zwischen Deutschen und Tschechen, der sich seligerte, nachdem gegen den Präsidenten eine Sitzkombübe geworfen war. Die Situation drohte in eine Schlägerei zwischen Deutschen und Tschechen auszuhören, dies wurde aber durch Eingreifen zweier Deutschen verhindert.

Frankreich: Saisonwoche gegen Polen.

Der ehemalige zaristische Außenminister Sazonow hat die Geschäftsführung des früheren russischen Legationsrates Siewert für echt erklärt, während Poincaré die Siedlung bezüglich leugnet. Sazonow hat ferner erklärt, daß sovietsch-russische Regierung und Polen sich nicht schon seit langem einen deutschen Angriff auf Russland und Frankreich befürchtet. Da er hätten sie sich entschlossen, dem gefährdeten Angreifer zuvorzukommen (1) und zu diesem Zweck die in den Dokumenten bestehenden Verträge abgeschlossen. Es gelte jetzt seine letzte Erklärung in der Kammer, indem noch ausdrücklich erläutert wird, in der er sagte, die Worte enthielten nichts und wenn sie existieren, seien sie falsch?

Frankreich: Millerand und Österreich.

Gelegentlich des Embassages des österreichischen Gesandten beim Präsidenten der französischen Republik betonte Millerand, daß er voiles Verständnis für die Lage Österreichs habe und für die Bemühungen der österreichischen Regierung um Verbesserung ihrer inneren Verhältnisse. Der Präsident erkannte die unvermeidbare Dringlichkeit einer Lösung an, die nicht nur zur Sicherung Mitteleuropas sondern auch im eigenen Interesse Frankreichs geboten sei.

England: Die Konferenz in Genua.

Eine Meldung aus London bestätigt, daß Lord George persönlich nach Genua gehen wird. Man ist in London der Ansicht, daß das Datum des 8. März für die Auftaktung der Konferenz bestehen bleiben müsse.

Japan: Auswärtiger Besuch.

In der französischen Botschaft in Tokio stand ein Brief zu Ehren des dort eingetroffenen Marquises Joseph de la Motte, dem auch der japanische Kronprinz bewohnte, der augenscheinlich die Regierung führt. Es ist dies das erste Mal, daß ein japanisches Oberhaupt Gast einer französischen Botschaft ist. In Beantwortung der Rede des französischen Botschafters erklärte der Kronprinzregent, ein enges Zusammenarbeiten Frankreichs und Japans liege im Interesse ihrer Weltmächte. Er hoffe, daß die Freundschaft zwischen den beiden Ländern sich weiterentwickeln werde.

Vord Grey über die Kriegsschuld.

London, 29. Januar. Der ehemalige Außenminister Vord Grey hielt in Edinburgh eine Rede, in der er auch auf die keltischen Tage 1914 zurückging. Er erklärte, wenn der Streit zwischen Österreich und Serbien 1914 einer Konferenz unter Breitwurden wäre, so würde diese Konferenz innerhalb einer Woche beigelegt haben. England habe eine Konferenz vorschlagen, die Deutschen hätten die Konferenz abgelehnt. Deutschland wäre vollkommen berechtigt gewesen, zu sagen, es könne eine Konferenz nicht bedingungslos annehmen. Er glaube nicht, daß Deutschland berechtigt war, sie unbedingt abzulehnen wie es dies getan hat. Er glaube, Deutschland hätte das volle Recht zu sagen, daß es für den Krieg nicht besser vorbereitet sei als Frankreich und Russland und einer Konferenz nur zustimmen könnte, wenn eine Garantie gegeben werde, daß keine Mobilisierung oder sonstige Kriegsvorbereitung während der Konferenz stattfinden. Dann wäre es nicht zu der russischen Mobilisierung gekommen, über die sich die Deutschen nachher beklagten.

Hardings Abneigung gegen Genua.

London, 29. Januar. Dem Washingtoner Zeitungsredakteur der "Morning Post" zufolge hat Präsident Harding über seine Antwort auf die Einladung zur Konferenz in Genua bereits Besluß gefasst. Er werde die Einladung ablehnen mit der Begründung, daß es für die Vereinigten Staaten zwecklos sei, an der Wirtschaftskonferenz von Genua teilzunehmen, so lange Frankreich und Russland ihre Heeresheere aufrechterhalten.

Prüfung der französischen Vorschläge in London.

London, 29. Januar. Das englische Kabinett hat beschlossen, in eine eingehende Prüfung der französischen Vorschläge einzutreten. Inzwischen soll Vord Grey dem französischen Botschafter in großen Zügen mitteilen, in welchen Fragen die englische Regierung mit der französischen nicht überein

stimmt. Vord Grey wird aldann ein Memorandum ausarbeiten, das er Poincaré am Dienstag in Paris vorlegen will. An diesem Tage soll die Konferenz der verbündeten Außenminister über die Orientfrage beginnen.

Kriegszustand zwischen Mexiko und Guatemala.

Washington, 29. Januar. Nach Meldungen aus Mexiko ist zwischen Mexiko und Guatemala der Kriegszustand erklart worden.

Eine neue Fünfmächte-Konferenz.

Washington, 29. Januar. Der permanente Ausschuß der Abstimmungskonferenz hat beschlossen, die Prüfung der Regeln für die Kriegsführung einer neuen Konferenz zwischen den fünf Mächten vorzubehalten. Jede Macht soll zwei Vertreter ernennen, die zusammen einen internationalen Ausschuß bilden.

Aus Stadt und Land.

Die Bilder der Heerführer in der Schule. In Gevelsberg hatte die sozialistische Stadtverordnetenmeiheit die Entfernung aller Bilder, auch die des Heerführers aus dem Weltkrieg, aus den Räumen des Realgymnasiums beschlossen. Das Provinzialschulstellen wies diesen Beschluss als ungültig zurück wegen eines unzulässigen Eingriffs in die Rechte der Schule und wies darauf hin, daß sich der Ministerialerlaß bezüglich der Frage der Schulbilder nicht auf die Heerführer beziehe.

Eine ganze Familie vergiftet. In der Gemeinde Lembeck ist die ganze Familie des Gutspächters Geising nach dem Genuss von Bierdung unter Vergiftungsscheinungen erkrankt. Geising ist bereits gestorben. Seine Frau sowie ein Knecht und eine Magd liegen noch im Krankenhaus darunter.

Eine Beleuchtungskörperfabrik niedergebrannt. Ein Großfeuer zerstörte einen erst im Vorjahr errichteten Neubau der Beleuchtungskörperfabrik Walther u. Allgen in Wurzen ein. Der Schaden beträgt etwa 1½ Millionen Mark. — Ein zweites Großfeuer vernichtet das Stationsgebäude von Egestorf nebst den Beamtenwohnungen, Diensträumen und der Bahnhofswirtschaft. Die Güterschuppen konnten teilweise gerettet werden.

Einbruch in die Stettiner Synagoge. Berliner Kirchenräuber haben die Synagoge in Stettin heimgesucht. Um in den Raum, in dem die Geräte zum Gottesdienst aufbewahrt werden, zu gelangen, öffneten sie die Innentüren teils mit Dietrichen, teils erbrachen sie sie mit Gewalt. Die Räuber erbeuteten Silberfunden von grohem Wert, 10 Tora-Aussätze im Gewicht von 4 Kgr., zwei Kronen, die mehrere Kilogramm wiegen, und Becher und Leuchter in großer Anzahl.

Einbruch in die Stettiner Synagoge. Berliner Kirchenräuber haben die Synagoge in Stettin heimgesucht. Um in den Raum, in dem die Geräte zum Gottesdienst aufbewahrt werden, zu gelangen, öffneten sie die Innentüren teils mit Dietrichen, teils erbrachen sie sie mit Gewalt. Die Räuber erbeuteten Silberfunden von grohem Wert, 10 Tora-Aussätze im Gewicht von 4 Kgr., zwei Kronen, die mehrere Kilogramm wiegen, und Becher und Leuchter in großer Anzahl.

Niesenaußsperrung in Dänemark. Der dänische Arbeitgeberverband kündigt für den 8. Februar die Aussperrung von ungefähr 100 000 Arbeitern verschiedener Berufe an, mit deren Organisationen bisher eine Einigung über die Lohnherabsetzung und Aufhebung des Achtstundentages nicht zu erreichen war.

Goldschieber an der Schweizer Grenze. In Freiburg in Baden wurde ein Händler Eduard Keller aus Berlin, der eine Menge Gold, Schmuck und Brillanten bei sich hatte, wegen Goldhinterziehung und Schmuggel ins Gefängnis genommen. Wie sich herausstellte schmuggelte der Verhaftete im Auftrag eines Schweizer Kaufmanns Wittber. Dieser kam unter der Flagge eines Samenhändlers nach Deutschland und so auch nach Berlin, wo er mit Keller zusammen in einem Hotel wohnte. Wittber betrieb in Zeitungsanzeigen den "Samenhändler". In Wirklichkeit betrieb er jedoch den Aufkauf von Gold und Brillanten die er dann durch Keller über die Grenze schmuggeln ließ.

Wildwest in einer amerikanischen Großstadt. Fünf Räuber sind in eine Filiale der First National Bank, die im Weichbild der Stadt Pittsburgh liegt eingedrungen. Nachdem sie den Kassierer getötet hatten, zwangen sie fünf Bankangestellte und eine Kundin, in den Kellerraum hinabzusteigen, um alsdann 30 000 Dollar in bar und Wertpapieren zu rauben und in einem Kraftwagen zu entfliehen.

kleine Nachrichten.

Zum Bürgermeister von Münster (Westf.) wurde der jüngste Bürgermeister von Uetersen, Willi, gewählt.

Das Leipziger Museum genehmigte die Anlage eines Flugplatzes auf dem südländischen Ausstellungsgelände am Börschlagsdenkmal.

Graf Wilczek, der Freund des Kronprinzen Rudolf und Kaiser Wilhelms, ein weit über Österreich-Grenzen bekannter Wiener Jurist, ist im 84. Lebensjahr gestorben.

Der Schriftsteller Heinrich Mann ist an einer Grippe ernstlich erkrankt.

In Rom starb der Novellist Giovanni Verga. Eine seiner Novellen, "Cavalleria rusticana" ließerte das Libretto für Mascagni gleichnamige Oper.

Gerichtssaal.

Der Strafantrag gegen den ehemaligen braunschweigischen Ministerpräsidenten. Vor der Strafkammer in Braunschweig hatte sich der ehemalige Ministerpräsident Vord Grey in der

antworten. Vord Grey soll nach der Anklage und nach bestimmten Behauptungen des Mitangeklagten Psychotherapeuten Otto Schlesinger, genannt Otto Otto, aus Blankenburg im vorjährigen Jahre von Otto Otto je 10 000 Mark als Geschenk oder als langfristiges und unvergängliches Darlehen erhalten haben. Auf Grund des Vorermittlung gelangte die Anklagebehörde jedoch zu der Überzeugung, daß Vord Grey dem Otto Otto die Hergabe der 20 000 Mark zur Erlangung des Titels Professor nahelegte. Tatsächlich wurde auf Veranlassung Vorders dem Otto Otto in der fraglichen Zeit durch das braunschweigische Staatsministerium der Professortitel verliehen, aber schon nach einigen Monaten, weil Otto Otto die an die Belehrung geknüpften Bedingungen nicht erfüllt hatte, wieder entzogen. Otto Otto erklärte vor Gericht, er habe lediglich aus persönlicher Freundschaft dem Vorder 20 000 Mark geliehen. Vorder dagegen bestreitet ebenso entschieden den Empfang irgendeiner Geldsumme von Otto Otto. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen Vorder eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und Überlassung der Gefährlung zur Führer öffentlicher Amt auf die Dauer von fünf Jahren. Das Urteil soll am Dienstag verkündet werden.

Des Mannes Dämou.

Roman von Erich Ebenstein.

(19. Fortsetzung.)

11.

"Gehen, haben Sie meinen Bleistift nicht gesehen? Ich glaube, ich ließ ihn vorhin hier liegen, als wir Wache ausschrieben," sagte Ruth einige Tage später zu Eva Hardings, als diese eben den Flur passierte.

"Nein, Frau Baronin. Soll ich einen anderen holen?"

"Ah, lassen Sie das nur. Dann habe ich ihn wohl mit ins Zimmer genommen. Ich muß ohnehin noch die neuen Rechnungen vom Kastamt durchsehen. Rufen Sie mich, wenn Herr Vorder kommt, — ja?"

"Sehr wohl, Frau Baronin!"

Ruth konnte ihren Bleistift auch im Zimmer nicht finden. Aber irgendwo in ihres Mannes Schreibstube würde sich wohl ein Ersatz finden lassen. Sie ließ sich davor nieder, schob die auf der Platte liegenden Rechnungen beiseite und öffnete das große Mittelschrank, das mit Schreibmaterial angefüllt war.

Etwas hastig, denn sie hatte Eile, schob sie bei ihrer Suche Papiere und Federn beiseite. Dabei stieß sie plötzlich an einen etwas vorstehenden Nagel an der Rückwand und verletzte sich die Hand.

"Wie ärgerlich," ging es ihr unmutig durch den Sinn, aber wer denkt auch, daß in solch altem, sauber gearbeiteten Möbel ein Nagel vorstehen könnte! Gewiß die Folge einer ungeschickten Reparatur!"

Um ähnlichen Zusätzen künftig zu begegnen, griff sie noch einmal nach dem Nagel und versuchte ihn zu entfernen: zu ihrem Erstaunen ließ er sich ganz leicht herausziehen. Im selben Augenblick aber lant auch schon die Rückwand des Schreibtisches lautlos herab, und ein verborgenes zweites Fach wurde sichtbar, in dem nichts lag als einige Photographien.

In der Meinung, daß es sich um belanglose Familienbilder handle, griff Ruth danach. Aber im nächsten Augenblick ließ sie die Photographien wieder fallen, als wären sie glühend, und lehnte sich blau im Lehnsessel zurück. Sämtliche Bilder hellten die Gräfin Wildenmark vor! Wie kam Vernd zu ihnen?

Mechanisch warf sie alles wieder in das Fach zurück und drückte den Nagel an seine Stelle.

Dann starrte sie verwirrt vor sich hin. In ihrem Kopf war ein verworrenes Wogen und Brausen, ihr Herz schlug so laut, daß sie es hören konnte, und die Angst vor irgend etwas Schrecklichem, das ihr drohte, raubte ihr fast den Atem. Gegenüber stieg in ihr plötzlich die Erinnerung an tausend Kleinigkeiten auf, die sie bisher kaum beachtet und die jetzt eine furchtbare Bedeutung bekamen:

Jenes Wiedersehen zwischen Vernd und der Gräfin bei Tortoni. Seine Verstärktheit danach. Der Unstand, daß er ihr vorher nie von ihr erzählt hatte. Die Verlegenheit der Martens, als einmal zufällig der Name Wildenmark fiel und Ruth harmlos erwähnte, daß sie die Gräfin in Paris kennen gelernt habe. Und neulich erst des alten Drehers grimmiger Ausfall auf Vernds einstigen Geschmack in Bezug auf Frauen.

Ein Stöhnen entrang sich Ruths Brust.

Er liebte also die Frau! Hatte sie wenigstens eins geliebt, und andere wußten darum! ... Nur sie war ahnunglos gewesen! Aber nun wußte sie, warum er sie nicht liebte! Sie griff sich an die Stirn. Ihr schwundete plötzlich. Es war so dunkel im Raum . . .

"Warum aber heiratete er mich dann?" fragte sie sich ratlos. "Warum? Warum?"

brausen lobte Fräulein Eva an die Türe.

"Frau Baronin — der Abreiter Wendler ist da!"

Ruth mußte sich erst eine Weile befinden. Wendler? Was wollte der nur? Schweflig stand sie auf.

"Na — ich komme schon."

Dann zwang sie ihre Gedanken gewaltsam in die Wirklichkeit zurück.

Wendler war von ihr herbeigedrungen worden, um Auskunft über den Verbleib von etwa fünfzig Klosterholz zu geben, das oben am Türkenbühl gestanden hatte und von dort verschwunden war. Nirgends in den Rechnungen hatte sich ein Beleg für den Verlust gefunden. Auch war der Rauchschling nicht gebucht.

Wendler, ein noch ziemlich junger Mann und besonderer Günstling des entlassenen Inspektors, behauptete mit großer Bestimmtheit, nichts von dem Holz zu wissen. Gewiß müsse es noch vor seinem Dienstantritt zum Verkauf gebracht worden sein.

"Aber dann müßte Ihr Vorgänger die Summe doch gebucht haben!"

"Vielleicht gab er Herrn Hardings nur die Rechnung, und dieser vergaß dann, die Eintragung zu machen? Hardings soll ja schon vor seiner Erklärung sehr vorsichtig operieren sein!"

